

B e s c h l u ß

In der Verwaltungsrechtssache

- 4) des Schiffbaumeisters Erwin Ahmling, Osterende, Brokdorf,
- 5) des Landwirts Rudolf Bolten, Hollerwettern, Wewelsfleth,
- 6) des Landwirts Werner Göttische, Roßkopp 2, Wewelsfleth,
- 7) des Landwirtschaftsmeisters Hans-Jürgen Harder,
Hollerwettern 7, Wewelsfleth,
- 8) des Landwirts Rolf Hellerich, Beesen 6, Wewelsfleth,
- 9) des Bau-Ingenieurs Werner Molkentin, Büttel, Borsfleth,
- 10) der Lehrerin Monica Paulsen, Ahrenssee, Brokdorf,
- 11) des Landwirts Albert Reimers, Großwisch, Wewelsfleth,
- 12) des Landwirtschaftsmeisters Heinrich Voß, Roßkopp 5,
Wewelsfleth,

Antragsteller,

Proz.Bev.: Rechtsanwälte Günnemann und Jacobi, Heußweg 35, Hamburg 19,

g e g e n

- 1) den Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein
in Kiel,
- 2) den Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein in Kiel,

Antragsgegner,

Proz.Bev.: Rechtsanwälte Hoffmann-Fölkersamb, Johansson,
Matz und Peter, Lorentzendamm 40, Kiel,

- beigeladen: 1) Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK)
Schöne Aussicht 14, Hamburg 76,
- 2) Hamburgische Elektrizitätswerke AG (HEW)
Überseering 12, Hamburg 60,
 - 3) Kernkraftwerk Brokdorf GmbH (KBR)
Schöne Aussicht 14, Hamburg 76,
 - 4) Kraftwerk Union AG (KWU), Rechtsabteilung GA 21,
Hammerbacherstr. 12 + 14, Erlangen,

Proz.Bev.: zu 1) bis 3)

1. Rechtsanwalt Prof. Dr. Fischerhof, Grillparzer-
str. 41, 6000 Frankfurt/M.,
2. Rechtsanwälte Brunner und Partner, Poststr. ...,
2380 Schleswig,

beteiligt: Der Vertreter des öffentlichen Interesses beim
Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht,
Landeshaus, Kiel,

w e g e n

Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung
(Anfechtung einer atomrechtlichen Genehmigung)

hat die X. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungs-
gerichts auf die mündliche Verhandlung vom 9. Februar 1977,
an der mitgewirkt haben:

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Feist,
Richter am Verwaltungsgericht Jöhnk,
Richter Schmidt

sowie die ehrenamtlichen Richter
Tischlermeister Frahm und Hausfrau Köhler,

beschlossen:

Auf den Antrag der Antragsteller zu 4) bis 12)
vom 26. November 1976 wird die aufschiebende
Wirkung ihrer Klage gegen den 1. Teilgenehmigungs-
bescheid für das Kernkraftwerk Brokdorf wieder-
hergestellt.

Die Kosten des Verfahrens tragen die Antrags-
gegner.

Die außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen
sind nicht erstattungsfähig.

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf
30.000,-- DM festgesetzt.

G r ü n d e :

I.

Die Antragsteller wenden sich in diesem Aussetzungsverfahren gegen die Anordnung des Sofortvollzuges der 1. Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf durch die Antragsgegner vom 25. Oktober 1976. Sie verlangen, die aufschiebende Wirkung ihrer Klage vom 26. November 1976 gegen die 1. Teilerrichtungs-genehmigung der Antragsgegner vom 25. Oktober 1976 wiederherzustellen.

Die Beigeladenen zu 1) bis 3) planen auf dem rechten Ufer der Unterelbe zwischen Strom-km 682 und 683 in Flur 13 der Gemeinde Brokdorf, Landkreis Steinburg, in der flachen Wilster Marsch den Bau und Betrieb eines Kernkraftwerkes (Druckwasserreaktor) mit einer thermischen Leistung von 3.765 MW und einer elektrischen Nettoleistung von 1.290 MW.

Mit Schreiben vom 12. März 1974 beantragte die Beigeladene zu 1) bei den Antragsgegnern, ihr gemäß § 7 des Atomgesetzes die Genehmigung zu erteilen. Diesem Antrag ist die Beigeladene zu 2) mit Schreiben vom 24. Juni 1974 und die Beigeladene zu 3) mit Schreiben vom 23. Dezember 1975 beigetreten. Die Beigeladene zu 4) wurde mit der Planung, Lieferung und Errichtung des Kernkraftwerkes beauftragt. Sie ist dem Antrag mit Schreiben vom 5. Mai 1976 ebenfalls beigetreten.

Das Vorhaben ist im Bundesanzeiger, im Amtsblatt für Schleswig-Holstein, in der Norddeutschen Rundschau, im Stader Tageblatt und der Wilsterschen Zeitung bekanntgemacht worden. Der Antrag und die Antragsunterlagen wurden in der Zeit vom 20. August 1974 bis zum 19. September 1974 im Hauptamt des Amtes Wilster Marsch in Wilster sowie beim Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein in Kiel zur Einsichtnahme ausgelegt. Vom 12. bis 15. November 1974 wurden die

erhobenen Einwendungen im Collosseum der Stadt Wilster mit den erschienenen Einwendern, den Antragstellern und den Genehmigungsbehörden sowie deren Sachverständigen erörtert.

Mit Bescheid vom 25. Oktober 1976 haben die Antragsgegner die 1. Teilerrichtungsgenehmigung im Rahmen der Errichtung des geplanten Kernkraftwerkes erteilt. Die Genehmigung umfaßt:

1. Die Baustellenumzäunung, Baustellensicherung und Baustelleneinrichtung,
2. die Aufspülung des Kernkraftwerksgeländes,
3. die Errichtung einer Oberflächenwasserhaltung (offene Wasserhaltung),
4. den Aushub des Bodens im Bereich des Reaktorgebäudes bis Unterkante Sauberkeitsschicht,
5. die Herstellung der Großbohrpfähle als Gründung für das Reaktorgebäude und
6. die Herstellung der Pfahlkopfplatte des Reaktorgebäudes bis Unterkante Bauwerksabdichtung

an dem für die Errichtung des Kernkraftwerkes vorgesehenen Standort in Brokdorf. Dieser Bescheid ist für sofort vollziehbar erklärt worden. Die sofortige Vollziehung ist in dem Genehmigungsbescheid (S. 140 bis 150) begründet worden. Die Antragsteller, die in unmittelbarer Nähe des geplanten Kernkraftwerkes wohnen, haben am 26. November 1976 Klage erhoben und gleichzeitig beantragt, die aufschiebende Wirkung ihrer Klage wiederherzustellen.

Die Kammer hat am 15. Dezember 1976 beschlossen, die aufschiebende Wirkung zunächst befristet bis zu einer endgültigen Entscheidung im Eilverfahren wiederherzustellen.

Der Kammer haben folgende Unterlagen vorgelegen:
Die Verwaltungsvorgänge der Antragsgegner (12 Ordner):
der Sicherheitsbericht für das Kernkraftwerk Brokdorf

(2 Ordner); Gutachten des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln: "Künftiger Bedarf an elektrischer Energie in Abhängigkeit von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen und dessen Deckung, insbesondere mit Hilfe der Kernenergie" Köln August 1975; Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin "Grundlagen und Ziele für eine gemeinsame Energiepolitik im norddeutschen Raum und Berlin", Berlin November 1976.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Streitakte (2 Bände) verwiesen.

II.

Der Antrag der Antragsteller auf Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes hat Erfolg.

Die für einen zulässigen Antrag nach § 30 Abs. 5 VwGO notwendige Voraussetzung, daß die Antragsteller in zulässiger Weise Klage erhoben haben, ist erfüllt. Insbesondere können die Antragsteller geltend machen, durch den angefochtenen Verwaltungsakt in ihren eigenen Rechten verletzt zu sein (§§ 42 Abs. 2, 113 Abs. 1 VwGO). Bei der Beurteilung dieser Frage ist davon auszugehen, daß es sich bei der atomrechtlichen Genehmigung um einen Verwaltungsakt mit Doppelwirkung handelt, durch den die Beigeladenen begünstigt, die Antragsteller jedoch möglicherweise beeinträchtigt werden. Die Anfechtung eines derartigen Bescheides ist insoweit eingeschränkt, als es für seine Aufhebung nicht ausreicht, daß der Bescheid gegen rechtliche Vorschriften, die dem öffentlichen Interesse dienen, verstößt; die Antragsteller müßten vielmehr geltend machen können, der Verwaltungsakt verletze Vorschriften, die gerade auch ihrem Schutz zu dienen bestimmt sind. Das ist hier der Fall, denn es ist eine wesentliche Aufgabe des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (AtomG), Leben, Gesundheit und Sachgüter vor den Gefahren

der Kernenergie und der schädigenden Wirkung ionisierender Strahlen zu schützen (§ 1 Nr. 2 AtomG). Dieser Schutzzweck hat nach der Auffassung des Bundesverwaltungsgerichtes (DVBl 1972, 678, 680) den Vorrang vor dem Förderungszweck, obwohl er in dem Gesetz erst an 2. Stelle genannt wurde.

Es bestehen insoweit keine Bedenken, daß die Antragsteller klagebefugt sind, da sie geltend machen können, sie müßten Schäden für Leben, Gesundheit oder Sachgüter befürchten, weil es die Antragsgegner entgegen § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtomG versäumt hätten, die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage zu treffen.

Die Klagebefugnis wird auch nicht dadurch eingeschränkt, daß durch den mit der Klage angegriffenen Bescheid nur der Standort festgelegt und der Beginn der Errichtung der Anlage genehmigt worden ist, wohin/gegen Gefahren der Kernenergie erst durch den Betrieb der Anlage entstehen können, der einer besonderen Genehmigung bedarf. Denn die Genehmigungsbehörde hat schon bei der Entscheidung über einzelne Teilgenehmigungen zur Errichtung der Anlage die möglichen Folgen des Betriebes zu prüfen. Entsprechend müssen nach § 1 Abs. 2 letzter Satz der Verordnung über das Verfahren bei der Genehmigung von Anlagen nach § 7 des Atomgesetzes (AtomAnlVO i. d. F. vom 29. Oktober 1970, BGBl I S. 1518) Anträge, mit denen zunächst nur die Errichtung einer Anlage begehrt wird, ein vorläufiges Gesamturteil über die Anlage und ihren Betrieb ermöglichen. Die Antragsteller können insoweit nicht auf später einzulegende Rechtsmittel verwiesen werden. Zwar ist es richtig, daß die Beigeladenen den Bau auf ihr eigenes Risiko betreiben, es kann aber nicht übersenen werden, daß wesentliche Entscheidungen schon jetzt fallen und daß die vollendeten Tatsachen, die daraufhin geschaffen

werden, die erfolgreiche Nutzung der später einzulegenden Rechtsmittel mindestens erschwert (^{vgl.} Schwanze, Rechtsfragen bei der Errichtung von Kernkraftwerken, DÖV 72, 700. 703 mit Nachweisen aus der Rechtsprechung). Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß die enormen Investitionen, die sich bei einer anderen Betrachtungsweise erst sehr spät möglicherweise als Fehlinvestitionen erweisen könnten, letztlich vom Verbraucher und der Öffentlichkeit aufzubringen wären. Ein Kernkraftwerk wird im übrigen auch nur errichtet, um später betrieben zu werden (^{vgl.} EVerwG, DVBl 72, 678). Im Sinne eines effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 GG) sind daher auch die Folgen des Betriebes der Anlage im Rahmen der Ersten Teilgenehmigung überprüfbar.

Der somit zulässige Antrag, die aufschiebende Wirkung der Klage wiederherzustellen, ist auch begründet.

Bei der Entscheidung über die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsmittels nach § 80 Abs. 5 VwGO hat das Gericht das öffentliche Interesse oder das Interesse der Beigeladenen an der sofortigen Vollziehung des angefochtenen Verwaltungsaktes und das Interesse der Antragsteller daran, die Schaffung vollendeter und möglicherweise nur schwer wieder rückgängig zu machender Tatsachen vor der rechtskräftigen Entscheidung über sein Rechtsmittel abzuwägen. Hierbei sind die Erfolgsaussichten des Rechtsmittels insofern von Bedeutung, als bei ernstlichen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes regelmäßig den Interessen der Antragsteller an dem vorläufigen Rechtsschutz der Vorzug gebührt. Es wäre nicht gerechtfertigt, die Aussichten der Klage völlig ungeprüft zu lassen und die nach § 80 Abs. 5 VwGO zu treffende Entscheidung ausschließlich von einer Interessenabwägung abhängig zu machen, da hier ein Vorhaben ins Werk gesetzt werden soll, das praktisch nicht

oder nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen wieder rückgängig gemacht werden könnte (vgl. OVG Lüneburg, Beschluß vom 28.12.1976 VII OVG B 78/75 unter Berufung auf OVG Hamburg, Beschluß vom 23.10.1974, DVBl 75, 207). Demnach war es erforderlich, die Sach- und Rechtslage dahin zu überprüfen, ob die Einwendungen ^{der Antragsteller} bereits jetzt die Annahme rechtfertigen, daß die Erste Teilgenehmigung rechtswidrig ist.

Die vorgenommene Überprüfung ergibt so erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Ersten Teilgenehmigung, daß die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage geboten erscheint.

Gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtomG darf die Genehmigung nur erteilt werden, wenn die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage getroffen ist. Der Prüfungsumfang über die möglichen Auswirkungen der vorgesehenen Anlage wird zwar durch § 1 Abs. 2 letzter Halbsatz AtAnlVO insoweit beschränkt, als hinsichtlich der vorgesehenen Anlage und ihres Betriebes nur ein vorläufiges Gesamturteil möglich sein muß, jedoch muß jedenfalls feststehen, daß dem Vorhaben keine von vornherein unüberwindlichen rechtlichen Hindernisse entgegen stehen (BVerwG, DVBl 72, 678, 680). Die danach erforderliche vorläufige Gesamtbeurteilung der Anlage und des Betriebes schließt nach Auffassung der Kammer auch die vorläufige Überprüfung der Einhaltung der durch das 4. Gesetz zur Änderung des AtomG (vom 30. August 1976, BGBl I S. 2573) eingefügten Vorschrift des § 9 a AtomG ein. Nach dieser Bestimmung hat, "wer Anlagen, in denen mit Kernbrennstoffen umgegangen wird, errichtet..., dafür zu sorgen, daß anfallende radioaktive Reststoffe... schadlos verwertet werden und soweit dies nach dem Stand von Wissenschaft und Technik nicht

möglich oder wirtschaftlich nicht vertretbar ... ist, als radioaktive Abfälle geordnet beseitigt werden."

Daß die Frage der Entsorgung in diese vorläufige Prüfung einzu-
beziehen ist, folgt schon aus der oben genannten Vorschrift des
§ 7 Abs. 2 Nr. 3 AtomG. Zu dem Betrieb eines Kernkraftwerkes im
Sinne dieser Vorschrift gehört nämlich sowohl die Versorgung des
Werkes mit atomarem Brennstoff als auch seine Entsorgung. Denn ohne
den Brennstoffkreislauf ist der Betrieb eines derartigen Werkes
nicht denkbar. Spätestens nach Erschöpfung der Lagerkapazität inner-
halb des Werkes selbst würde nämlich sein Betrieb zum Erliegen kommen.

Schäden durch die Verwendung der Kernbrennstoffe im Sinne des § 7
Abs. 2 Nr. 3 AtomG können überdies nicht nur bei dem eigentlichen
Betrieb der Anlage, sondern auch durch die bei der Anlage zunächst
vorzunehmenden Ablagerung der abgebrannten Brennelemente auftreten.
Schon daraus folgt, daß sich der Schutzzweck der genannten Vorschrift
auch auf die Ablagerung der abgebrannten Brennelemente bezieht

Die Einbeziehung der Entsorgung unter den Begriff des Betriebes
gebietet sich auch im Hinblick auf die vergleichbare Regelung
in dem Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch
Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche
Vorgänge (BImSchG vom 15. März 1974, BGBl I S. 721, geändert
durch Gesetz vom 15. August 1974, BGBl I S. 1942). Nach §§ 5
Nr. 3, 6 BImSchG ist die Genehmigung für nach § 4 genehmigungs-
bedürftige Anlagen zu erteilen, wenn sichergestellt ist, daß die
beim Betrieb der Anlage entstehenden Reststoffe ordnungsgemäß und
schadlos verwertet oder, soweit dies technisch nicht möglich
oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist, als Abfälle ordnungs-
gemäß beseitigt werden. Eine nach § 8 BImSchG beantragte Teil-
genehmigung kann erteilt werden, wenn eine vorläufige Prüfung
ergibt, daß u. a. auch diese Voraussetzung im Hinblick auf die
Errichtung und den Betrieb der gesamten Anlage vorliegen wer-
den. Das BImSchG hat mit der Vorschrift des § 5 Nr. 3 die
Abfallbeseitigung zu einer Genehmigungsvoraussetzung erhoben, da
es sich dabei um eine Grundpflicht für die Errichtung und den
Betrieb einer genehmigungsbedürftigen Anlage handelt
(vgl. Stich, Kommentar zum BImSchG,

Stand 1975, Anm. 1 und 5 zu § 5). Da das BImSchG von dem gleichen vorrangigen Zweck bestimmt ist wie das AtomG (vgl. § 1 Nr. 2 AtomG und § 1 BImSchG), ist es zulässig, zur Auslegung des Wortes "Betrieb" in § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtomG die vergleichbare Regelung des § 5 BImSchG heranzuziehen.

Dagegen mag zwar eingewendet werden, daß die Regelung im AtomG gerade abweichend vom BImSchG und auch von der Regelung der Erschließung als Genehmigungsvoraussetzung für eine Baugenehmigung nicht ausdrücklich bestimmt hat, daß die Entsorgung eine im Genehmigungsverfahren zu prüfende gesetzliche Voraussetzung ist. Es könnte aus der Stellung des § 9 a im AtomG gefolgert werden, daß es sich bei dieser Vorschrift lediglich um eine neben den Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtomG stehende selbständige Verpflichtung zur Verwertung bzw. Beseitigung von radioaktiven Reststoffen handelt. Andererseits kann aber nicht übersehen werden, daß es angesichts der oben dargestellten Tatsache, daß es sich bei der Entsorgung um einen betriebsrelevanten und für den Betrieb notwendigen Vorgang handelt, eher einer ausdrücklichen Regelung bedurft hätte, wenn diese Frage im Rahmen des § 7 Abs. 2 Nr. 3 nicht berücksichtigt werden sollte. Wenn schon bei dem Betrieb einer Anlage nach § 4 BImSchG und sogar bei den nichtgenehmigungsbedürftigen Anlagen nach § 22 BImSchG Vorsorge auch bezüglich der Entsorgung getroffen sein muß, so kann dies bei dem weit gefährlicheren Umgang mit radioaktiven Stoffen nicht aus der Reihe der Grundpflichten des Betreibers, die von vornherein zu berücksichtigen sind, herausgelöst werden, zumal auch im AtomG der Vorsorgegrundsatz festgeschrieben wurde. Die hier vorgenommene weite Auslegung des Begriffes "Betrieb" ist auch von dem vorrangigen Schutzzweck des AtomG her geboten, denn nur bei dieser Auslegung ist sichergestellt, daß auch bezüglich der durch den Betrieb unumgänglich

entstehenden neuen Gefahren, der Schutz von Leben, Gesundheit und Sachgütern (Art. 2 GG, § 1 Ur. 2 AtomG) gewährleistet wird.

Auch das von den Beigeladenen in der mündlichen Verhandlung für die gegenteilige Meinung angeführte Argument, daß die Vorschrift des § 9 a Abs. 1 als solche nicht einmal strafbewehrt sei, vermag ^{eher} / die hier vertretene Auffassung zu unterstützen; denn gerade auch daraus muß geschlossen werden, daß im Hinblick auf die möglichen Gefahren dann wenigstens die "Sanktion" der Versagung der Genehmigung zu einer wirksamen Durchsetzung und Kontrolle dieser gesetzlichen Forderung durch die Genehmigungsbehörde zulässig sein muß.

Die Antragsgegner haben bei der Erteilung der Ersten Teilgenehmigung das nach den vorstehenden Ausführungen grundsätzlich zu berücksichtigende Entsorgungsproblem in ihre Entscheidungsüberlegungen nicht einbezogen. Aus dem Bescheid geht hervor, daß die Antragsgegner die Frage der Entsorgung als im Rahmen des § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtomG (im Bescheid noch als § 7 Abs. 2 Nr. 2 bezeichnet) nicht zu berücksichtigenden Umstand angesehen haben. Der durch das 4. Änderungsgesetz vom 30. August 1976 eingefügte § 9 a AtomG ist in dem Bescheid vom 25. Oktober 1976 an keiner Stelle erwähnt worden. Die Frage der Entsorgung ist auch ansonsten im Entscheidungsteil des Bescheides völlig ungeprüft geblieben. Lediglich im Rahmen der Zurückweisung der Einwendungen ist diese Frage unter Bezugnahme auf Kapitel 5 der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage betr. die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland vom 16.7.1975 (Drucksache 7/3871) erwähnt worden, ohne daß dies zu einer in dem Bescheid erkennbaren eigenen Prüfung geführt hätte. Auch in diesem gerichtlichen Verfahren haben die Antragsgegner die Meinung vertreten, daß dies

Frage keine Berücksichtigung finden könne, da sie nicht Gegenstand dieses Bescheides sei. Zu einer wenigstens vorläufigen Überprüfung dieser Frage waren die Antragsgegner jedoch nach den Vorschriften der §§ 7 Abs. 2 Nr. 3 AtomG, 1 Abs. 2 AtAnlVO verpflichtet. Da die Antragsgegner somit von falschen rechtlichen Voraussetzungen ausgegangen sind, ist die nach § 7 AtomG zu treffende Ermessensentscheidung schon deshalb fehlerhaft.

Der von dem Vertreter des öffentlichen Interesses bei dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht vorgetragene Gesichtspunkt, daß es dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit widerspreche, wenn das Gericht die Erste Teilgenehmigung allein aus diesem Grunde aufhebe, da eine Heilung dieses Mangels in späteren Teilgenehmigungen möglich sei, kann allenfalls im Klageverfahren Berücksichtigung finden. In diesem Verfahren auf Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes muß allein der Umstand, daß erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Bescheides bestehen, zur Aussetzung des Sofortvollzuges führen. Das gleiche gilt im übrigen für den Einwand des VÖI, die fehlende Begründung könnte in dem gerichtlichen Verfahren nachgeschoben werden. Insoweit hat die Kammer allerdings erhebliche Zweifel, ob angesichts des förmlichen atomrechtlichen Verfahrens überhaupt ein Nachschieben möglich sein kann.

Zu der hier durch das Gericht angestellten Prüfung ist im Hinblick auf die Klagebefugnis der Antragsteller zu 4) bis 12) auch Raum, da auch die Frage der Entsorgung als ein Bestandteil der Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen im Rahmen des § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtomG nachbarschützenden Charakter hat. Denn auch diese Norm ist der in § 1 Nr. 2 AtomG festgelegten Zweckbestimmung des Gesetzes unterworfen. Das folgt auch aus der Absicht des Gesetzgebers bei der Einfügung des § 9 a AtomG. Die Betreiber sollten dazu angehalten werden, die Nutzung der Kernenergie "so zu gestalten, daß möglichst wenig radioaktiver Abfall entsteht und die geordnete Beseitigung unvermeidbarer radioaktiver Abfälle vorsorgend vorausgeplant wird" (Regierungsbegründung Bundestagsdrucksache 7/4794). Die Antragsteller

können hier allein dadurch betroffen sein, daß die Abfälle wegen fehlender anderer Möglichkeiten in dem Kernkraftwerk verbleiben müßten, wodurch sich das sie betreffende Gefährdungspotential erhöhen könnte. Auch das Entsorgungsproblem berührt daher möglicherweise das Recht der Antragsteller auf Schutz vor Schäden für ihre Gesundheit und ihr Leben, worüber bereits im Stadium der Ersten Teilgenehmigung eine vorläufige Prüfung hätte angestellt werden müssen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO. Die Kosten der Beigeladenen sind nicht erstattungsfähig. Nach § 162 Abs. 3 VwGO sind die außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen nur dann erstattungsfähig, wenn sie das Gericht der unterliegenden Partei auferlegt. Angesichts des wirtschaftlichen Interesses der Beigeladenen an der Errichtung des Kernkraftwerkes und im Verhältnis zu den erheblichen Investitionskosten sind ihre außergerichtlichen Kosten von einem nicht zu beachtenden Gewicht. Außerdem sind sie mit dem von ihnen ausdrücklich gestellten Antrag ohne Erfolg geblieben.

Der Streitwert ist in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts in Umweltschutzprozessen (vgl. Urteil vom 16.3.1972, DVBl 72, 678) gemäß §§ 20 Abs. 3, 13 Abs. 1 GKG auf 30.000,-- DM festgesetzt worden.

Rechtsmittelbelehrung:

Für die Antragsgegner/ist diese Entscheidung gemäß § 80 Abs. 6 Satz 2 unanfechtbar. Die Beigeladenen können die Entscheidung mit der Beschwerde anfechten. Sie wäre innerhalb von 2 Wochen nach Zustellung dieses Beschlusses beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht in 238 Schleswig, Gottorfstr. 2, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen. Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist beim Oberverwal-

tungsgericht für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in 314 Lüneburg, Uelzener Straße 40, eingeht.

gez. Feist
Vors. Richter am VG

gez. Jöhnk
Richter am VG

gez. Schmidt
Richter